

## Anno ... 41. Woche

1807, 9. Oktober: In Preußen wird durch das Oktoberedikt die Leibeigenschaft der Bauern aufgehoben. Nach der militärischen Niederlage in Jena und Auerstedt im Jahr 1806 gegen das revolutionäre Frankreich sah sich die herrschende Oberschicht zu Reformen gezwungen. Freiherr vom und zum Stein und nach ihm Fürst von Hardenberg entwickelten ebenso Reformen in Verwaltung und Staatsverfassung sowie die Veränderungen in der Gewerbeordnung.

1862, 8. Oktober: Otto von Bismarck wird zum preussischen Außenminister berufen; zwei Wochen zuvor hatte König Wilhelm I. ihn zum Ministerpräsidenten ernannt. Innen- und Außenpolitik liegen somit in der Hand einer Person: »Nicht die großen Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entscheiden – das ist der Fehler von 1848 und 1849 gewesen –, sondern durch Eisen und Blut«. Mit diesen Worten leitet er eine Politik der Aggressionskriege ein.

1952, 13.-17. Oktober: Der zweite ordentliche Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes fand in Westberlin statt. Der Vorsitzende Christian Fette wird abgewählt, weil er die Remilitarisierung Westdeutschlands befürwortet. Die Gewerkschafter wählen Walter Freitag zu ihrem ersten Mann. Er vertritt die Linie der »politischen Neutralität« der Gewerkschaften, was den Scharfmachern in der CDU/CSU-Regierung zugute kommt und der Front gegen die Remilitarisierung schadet. Fette hatte darüber hinaus dem Betriebsverfassungsgesetz zugestimmt. Der Kongreß beschließt nun Kampfmaßnahmen dagegen. Die wirtschaftspolitischen Grundsätze des DGB-Gründungskongresses im Oktober 1949 werden bekräftigt.

1962, 14. Oktober: In Belgien wird mit einem Marsch von 200000 Flamen nach Brüssel mit der Forderung nach proportionaler Aufteilung der Parlamentssitze zwischen Flamen und Wallonen sowie nach Abschaffung der französischsprachigen Schulen und französischer Predigten in Flandern der Sprachkonflikt angeheizt. Der Marsch führt zu einer Infragestellung der Einheit des belgischen Staates.

1962, 14. Oktober: Im März 1960 verhängten die USA eine Wirtschaftsblockade gegen das revolutionäre Kuba. Nach dem Debakel in der Schweinebucht vor Kubas Küste im April 1961 planten sie für Oktober 1962 eine neue Invasion. Diesem Vorhaben widersetzte sich die kubanische Regierung mit Hilfe der Sowjetunion. Am 1. September unterschrieben Fidel Castro und Nikita Chruschtschow ein Abkommen über die Stationierung sowjetischer Waffen auf Kuba. Auf Befehl von US-Präsident John F. Kennedy überflogen am 14. 10. U-2F-Flugzeuge vom Luftwaffenstützpunkt Laughlin in Texas aus die Karibikinsel. Sie entdecken sowjetische Abschußrampen und Raketen. Die Kubakrise beginnt.

<https://www.jungewelt.de/artikel/93800.anno-41-woche.html>